



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
-im Hause-

Berlin, 9. März 2023

Versorgungssicherheit in Ostdeutschland sichern – Ankündigungen einhalten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachdem sich die Bundesregierung und die Koalition über Monate widersetzt haben, hat der Ausschuss für Klimaschutz und Energie in der vergangenen Sitzungswoche auf unser nachdrückliches Betreiben hin ein öffentliches Fachgespräch zur aktuellen Versorgungssicherheit und zum Transformationsprozess am Standort der Raffinerie Schwedt durchgeführt. Noch in der Sitzung hat die Bundesregierung dem Geschäftsführer der treuhändisch verwalteten Rosneft Deutschland GmbH zunächst die Aussagegenehmigung verweigert. Das zeigt, dass die Bundesregierung nicht mit offenen Karten spielt und damit weiteres Misstrauen schürt. Für uns ist dieses Thema mit Blick auf die Versorgungslage im gesamten Osten Deutschlands von erheblicher Bedeutung, wir beobachten die Entwicklungen in Schwedt und auch Leuna weiterhin aufmerksam.

Deswegen erfüllt es uns mit großer Besorgnis, dass die Bundesregierung bis heute ihre wiederholten Ankündigungen zur Versorgung Ostdeutschlands mit Rohöl nicht erfüllt. Das gefährdet die Versorgungssicherheit. Auch wenn das Fachgespräch im Ausschuss verdeutlicht hat, dass Lagerhaltung und Weiterbetrieb bislang funktioniert haben und die Preise in Ostdeutschland stabil sind, hat sich gleichzeitig bestätigt, dass diese aktuelle Versorgung auf Kante genäht ist. Bundeskanzler Olaf Scholz und sein Kabinett haben zu Beginn des Jahres 2023 das europäische Öl-Embargo umgesetzt. Dieses Embargo stellt eine Reaktion der europäischen Partner auf die völkerrechtswidrige russische Aggression gegen die Ukraine dar. Nach polnischen Angaben hat Russland selbst mittlerweile auch eigene Öllieferungen über die Druschba-Pipeline eingestellt.

Die Bundesregierung hat zugesichert, dass die ausreichende Versorgung Ost- und Mitteldeutschlands mit Treibstoff zu jedem Zeitpunkt gesichert ist und dass es eine Garantie für den Erhalt von Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher

Sepp Müller MdB
Stellvertretender Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030. 227-70090
F 030. 227-76084
sepp.mueller@bundestag.de

Jens Spahn MdB
Stellvertretender Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030 227-79308
F 030 227-76814
jens.spahn@bundestag.de

Dr. Johann David Wadephul MdB
Stellvertretender Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030. 227-73367
F 030. 227-76384
johann.wadephul@bundestag.de

Infrastruktur an den ostdeutschen Raffinerie-Standorten gibt. Bundesminister Robert Habeck erklärte bereits im April 2022 nach einem Gespräch mit seiner polnischen Amtskollegin Anna Moskwa, die Suche nach Versorgungsalternativen sei eine "Aufgabe der nächsten Tage". Am 15. Dezember 2022 verkündete der parlamentarische Staatssekretär Michael Kellner im Deutschen Bundestag: "Ich habe ja gerade gesagt, dass wir die Zusicherung der polnischen Seite für eine Auslastung des PCK in Schwedt von 70 Prozent ab Januar 2023 haben. Zugleich haben die Anteilseigner des PCK eigene Verträge mit Kasachstan verhandelt, die weitere Mengen ab Januar 2023 ermöglichen."

Nach gegenwärtigem Stand erfüllt die Bundesregierung keinen einzigen der Bestandteile ihrer ausdrücklichen Ankündigungen. Sie hat sich insbesondere nicht dafür eingesetzt, eine ausreichende Rechtsgrundlage für das auf Pipeline-Öl ausgeweitete Öl-Embargo zu schaffen und dessen energie-, wirtschafts- und strukturpolitische Machbarkeit sicherzustellen. Konkret bedeutet dies:

- 1) Versprochene *zeitnahe* Lösungen – innerhalb weniger Tage – zur Sicherung der Versorgungslage durch eine vollständige Auslastung sind der Bundesregierung nicht gelungen.
- 2) Auch eine angekündigte *70-prozentige Auslastung* der Raffinerie in Schwedt wird nach gegenwärtigem Stand nicht annähernd erreicht. Sie liegt gegenwärtig bei lediglich 56-58 Prozent und ist mit erheblichen Problemen am Standort verbunden, z.B. Einstellung der Produktion von Bitumen.
- 3) Erst recht wird nach wie vor keine durch „*weitere Mengen*“ sogar über 70 Prozent hinausgehende Auslastung erzielt.
- 4) Die Auslastung von 70 Prozent wurde nach mittlerweile von der Bundesregierung selbst bestätigten Angaben auch im *Januar 2023* nicht erreicht; die Bundesregierung sprach von durchschnittlich 60 Prozent, das Unternehmen PCK von 55 Prozent.
- 5) Offensichtlich konnte die Bundesregierung auch nicht die für die entsprechende Auslastung erforderliche *Zusicherung der polnischen Regierung* erzielen.
- 6) Auch sind noch keine längerfristigen *Verträge mit Kasachstan* fertig verhandelt; entgegen vorheriger Aussagen hat die Bundesregierung mittlerweile bekundet, dass weitere Gespräche mit kasachischer Seite geführt werden müssen.

7) Wie auch in dem Fachgespräch deutlich wurde, ist die *veränderte Ölqualität* bei der Produktion technische Probleme. Vorherige Hinweise darauf hat das Wirtschaftsministerium beiseite gewischt. Auf eine Reaktion des BMWKs auf diese veränderte Ausgangslage wartet die PCK Schwedt noch heute.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf,

- dass sie ihre Ankündigungen für Schwedt, Leuna und Ostdeutschland einhält und von nun an endlich verlässliche Aussagen trifft, um die Versorgung im Interesse der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg zu gewährleisten und alle möglichen, zugleich mit dem Sanktionsregime gegen Russland im Einklang stehenden Versorgungswege in Betracht zieht.
- zeitnah alles Erforderliche für den Bau einer zweiten Pipeline, die zukünftig auch für Wasserstoffimporte genutzt werden kann, zwischen dem Hafen in Rostock und der Raffinerie in Schwedt in die Wege zu leiten, insbesondere den Bau im gleichen Genehmigungs- und Bautempo wie für die LNG-Infrastruktur vorzunehmen.
- die angestrebte Transformation des Standortes zu unterstützen, denn der Standort Schwedt – auch das hat das Fachgespräch ergeben – bietet zum Beispiel bei Biomethan große Chancen, aber gleichzeitig auch von unrealistischen und die Transformation und Zukunftsfähigkeit des Standortes gefährdenden zeitlichen Vorgaben abzusehen. Letzteren Punkt haben die Experten beim Fachgespräch einhellig betont.
- durch eine volle Auslastung der Raffinerien in Schwedt und Leuna die Wirtschaftlichkeit der Standorte zu gewährleisten und damit eine nachhaltige, echte Arbeitsplatzgarantie zu gewährleisten.

In diesem Sinne werden wir die Bundesregierung, auch nach einer etwaigen Beendigung der Treuhand der PCK Schwedt und einer Übernahme oder einem Verkauf, weiterhin an ihren Ankündigungen zur Versorgungslage und der Arbeitsplatzgarantie der Raffineriestandorte in Schwedt und Leuna messen und von ihr die Sicherheit bei der Versorgung Ostdeutschlands einfordern.

Mit freundlichen Grüßen


Sepp Müller


Jens Spahn


Dr. Johann Wadepuhl